

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verlag und Druck: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Abgehen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen: 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
 Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Neubaar, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 16. Februar.
Deutscher Reichstag.
 51. Sitzung vom 16. Februar.

Präsident v. Caprivi eröffnet die Sitzung
 um 1 Uhr.
 Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, von
 Marschall, von Büttner.
 Die Besetzung des Hauses ist wiederum eine
 sehr schwache.

Ein kleiner Antrag der Abg. Auer und
 Gen. betreffend Einstellung eines gegen den Abg.
 Wölff-Waldenburg wegen Uebertretung des Ver-
 einskessgesetzes schwebenden Strafverfahrens wird be-
 harrlich angenommen.

Die Etatsberatung wird fortgesetzt bei dem
 Etat des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit
 dem Etat für die Schutzgebiete und dem Nach-
 tragsetat für 1893-94 (550 000 M. zur Aus-
 führung von Bauten in Bagamoyo und Beschaf-
 fung von Mobiliar zur Einrichtung von Militär-
 stationen).

Der Titel „Staatssekretär“ wird ohne De-
 batte bewilligt.

Im Titel 2 werden 32 900 M. gegen das
 Vorjahr mehr verlangt, und zwar für einen dritten
 Direktor, einen vortragenden Rath und einen
 Hilfsarbeiter; ersterer in der Kolonialabtheilung,
 der Rath in der handelspolitischen, und der
 Hilfsarbeiter in der Reichs-Abtheilung.

Abg. v. Staude: Ich will hier keine
 kolonialpolitische Debatte insceniren, sondern nur
 erklären, daß wir eine zielbewußte Kolonialpolitik
 wünschen. Die Zustände in unseren Kolonien sind
 nicht befriedigend. Unfälle können ja jedem Reiche
 auf diesem Gebiete begegnen. Aber so wie bisher
 kann es nicht weiter gehen. Daß es so gekommen
 ist, müssen wir dem übererregten Auftreten zu-
 schreiben. Die wichtigsten Aufgaben der Kolonial-
 politik haben in unserem Auswärtigen Amte bis-
 her nicht die gebührende Berücksichtigung gefun-
 den. Ein großer Theil meiner Freunde ist der
 Ansicht, daß ein besonderes Kolonialamt einzurich-
 ten wäre. Was die Regierung jetzt vorbringt, ist
 nur eine halbe Maßregel. Wir haben daher in
 der Kommission beantragt, den geordneten dritten
 Direktor zu streichen. Wir wollen das auch jetzt
 noch, wenn wir auch heute nicht einen Antrag da-
 hin stellen.

Abg. Hamacher (natl.): In dem En-
 dziel, Schaffung eines Kolonialamtes, sind wir mit
 dem Vorredner einig. Aber zu diesem Ziele ist
 die Forderung der Regierung ein bedeutender
 Schritt. Und deshalb hoffe ich, daß der Vor-
 redner und seine Freunde den dritten Direktor be-
 willigen werden. Natürlich muß dieser dasselbe
 Gehalt haben, wie die anderen Direktoren.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. von
 Staude wird der Titel bewilligt.

Bei dem Abschnitte Gefandtschaften wünscht
 bei Titel Athen

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) Eintreten
 der Reichsregierung für die Interessen der griechi-
 schen Staatsbürger. Sache des Reiches sei es,
 die wohl meist ärmlichen Leute, welche be-
 rechtigung eines höheren Ansehens diese Papiere
 erworben hätten, zu unterstützen.

Eine Erwiderung vom Bundesrathstische er-
 folgt nicht.

Beim Titel Bukarest bemerkt

Abg. Haffke (natl.): In Bukarest sei ein
 Petroleum-Unternehmen zusammengebrochen, dessen
 Aktien auch in Berlin vertrieben seien. Die Gründer
 Blumenfeld und Singer seien verurtheilt worden
 wegen Betruges. Eine hiesige Bank habe ihren
 Einfluß in Bukarest zu deren Gunsten geltend zu
 machen versucht. Er bitte die Reichsregierung, in
 B. durch ihren Gesandten zu erklären und seinen
 Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß Re-
 gierung und Volkswirtschaft von Deutschland mit
 dem Vorgehen jener hiesigen Bank nicht identifi-
 zirt zu werden wünschen und demselben voll-
 ständig fern stehen.

Bei Titel „Rom“ hat die Kommission die
 von der Regierung für den Vorkäufer geforderte
 Zulage von 20 000 M. gestrichen.

Abg. Hamacher (natl.) richtet eine Frage
 an die Regierung betr. des Transitverkehrs nach
 Italien: Revision des Reisepasses.

Direktor Reichardt glaubt, daß seit dem
 Ausgange der unbedingten Durchführung des Re-
 isepasses, falls nur die Ummeldung ordnungs-
 gemäß erfolge, auch ohne stete Anwesenheit des
 Reisenden erfolgen könne.

Der Kommissionsbeschluss wird ohne besondere
 Abstimmung und ohne Widerspruch vom Hause
 gutgeheßen.

Bei dem Titel „Generalkonsulat Shanghai“
 fährt

Abg. Sebesen (natl.) Beschwerde darüber,
 wie dem deutschen Dampferverkehr nach dort das
 Leben von den Engländern so schwer gemacht
 werde. Und unser Konsul dort helfe ihnen dabei,
 indem er Bureauarbeiten habe, bei welchen auf die
 Erfordernisse des Dampferverkehrs nicht genügend
 Rücksicht genommen sei. Die Regierung möge
 den „jungen Leuten“ in unseren Konsulaten im
 Auslande, welche nicht die nötige Erfahrung hät-
 ten, doch wenn möglich reglementarische Vor-
 sichten über ihre Bureauarbeit machen.

Direktor Reichardt: Reglements über die
 Bureauarbeit im Auslande können wir doch wohl
 nicht treffen. Aber wir werden den vom Vorre-
 dner gesprochenen Einzelfall untersuchen.

Bei Titel „Konsulat in Athen“ fragt

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) an, ob
 seitens der Regierung Schritte zur Wahrung der
 Interessen der Besitzer griechischer Papiere erfolgt
 seien?

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich kam
 die Frage mit Ja beantworten. (Heiterkeit.)
 Beim „Konsulat Porto Alegre“ wünscht

Abg. Haffke (natl.) Erhöhung der Zahl der
 Verursachungskonten, und zwar besonders in Brasilien,
 weil sich die Wahlkonsuln dort als nicht energisch
 genug erwiesen hätten.

Abg. Richter: Ich muß doch erklären, daß
 die Erwählungen, welche von der Geschäftswelt an
 die Verursachungskonten geknüpft worden sind, sich
 vielfach nicht erfüllt haben. Wenn also an einem
 Orte wirklich ein solches sich als erforderlich er-
 weisen sollte, so möchte ich doch bitten, daß die
 Regierung gleichzeitig sorgsam prüfe, ob nicht an
 anderen Orten die Einziehung solcher Konsulate
 sich empfehle.

Die Titel „Befolgungen der Beamten in den
 Schutzgebieten“ werden einstweilen zurückgestellt.

Bei dem Titel „Gemeine Fonds“ er-
 laßt

Abg. Richter: Wir haben über diese Fonds
 im Vorjahre ausgesprochen. Die Erfahrungen,
 die wir inzwischen gemacht haben, haben
 keine Ansicht nur bestätigen können.

Beim Titel „Unterstützung deutscher Schulen
 im Auslande“ plädiert

Abg. Haffke (natl.) dafür, den für diesen
 Zweck ausverkauften Betrag (100 000 M.) zu
 erhöhen. Ärmere Staaten verwenden für diesen
 Zweck jedenfalls viel mehr, so Italien. Nament-
 lich für die Schulen in der Levante müsse mehr
 gegeben, sowohl zu Nutz unserer materiellen In-
 teressen, wie im Interesse unseres nationalen An-
 sehens.

Weitere Debatten entstehen erst wieder bei
 dem Etat der Schutzgebiete. Hiermit wird ver-
 schloßen die Beratung der zurückgestellten Posi-
 tionen in dem Etat des Auswärtigen Amtes,
 ferner des Nachtragsetats pro 1893-94.

Zum Kolonialetat schlägt die Kommission
 folgende Resolutionen vor:

a) die verbündeten Regierungen um Besei-
 tigung derjenigen Hindernisse zu er-
 suchen, welche der Ausbildung der in den
 Kolonien wirkenden Väter vom heiligen
 Geiste entgegenstehen;

b) die verbündeten Regierungen um Vor-
 legung eines Gesetzes zu ersuchen betr.
 Bestrafung von Sklavenraub und Skla-
 venhandel.

Die Beratung erstreckt sich zunächst nur
 auf den Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet
 und die beiden vorgehenden Resolutionen. Bei
 dem ostafrikanischen Etat hat die Kommission den
 Reichszuschuß um 130 000 Mark, von 3 1/2 Mill.
 Mark auf 3 3/4 Mill. Mark herabgesetzt.

Nach einem sehr ausführlichen Referat des
 Abg. Prinz Arenberg über die Verhandlungen
 in der Kommission bemerkt

Abg. Debel (Sogd.): Einzelne Ausfüh-
 rungen des Vorredners muß ich berichtigen, so
 die über Dahomey und den Sklavenhandel.
 Ich will das aber erst bei dem Etat für
 Kamerun thun, weil es doch notwendig ist,
 auf die Angelegenheit des Sklavenraubs der
 Firma Wölff u. Sohn näher einzugehen.

Die Budget-Kommission hat diesmal die mög-
 lichste Sparsamkeit angewendet, sogar — was
 bisher unvorhergesehen — am Militärat Abstrich
 vorgenommen. Nur an diesem Kolonialetat hat
 die Kommission diese Sparsamkeit nicht geübt, ob-
 wohl, wie ich glaube, unsere Kolonialpolitik den-
 jenigen Gang genommen hat, den wir voraus-
 setzten und den Sie selber als zu pessimistisch
 anfechten. Seit Jahren hat man immer gesagt,
 wenn aus Ostafrika etwas werden sollte, müßten
 wir mehr Mittel aufwenden. Und das ist dem
 auch Jahr für Jahr geschehen. Diesmal sollen
 wir den Reichszuschuß von 2 1/2 auf 3 1/4 Mil-
 lionen erhöhen und außerdem noch Nachträge für
 militärische Zwecke bewilligen. Es heißt, so sagt
 man, jetzt das ganze große Gebiet durch mili-
 tärische Stationen zu sichern. Diese Ausgaben
 stehen aber in schroffem Widerspruch zu den
 wirtschaftlichen Vortheilen, welche Deutschland
 davon hat. Während die Ausgaben wachsen, ver-
 mindern sich die Einnahmen aus denjenigen
 Quellen, derenhalten hauptsächlich die Kolonie
 gegründet worden ist! Der ganze Handel der
 ostafrikanischen Kolonie beträgt 18 Millionen
 Mark. Demgegenüber stehen hier diese 3 1/4 Mil-
 lionen Reichszuschuß, 900 000 Mark Dampfer-
 subvention, macht schon 4 400 000 Mark. Dazu
 kommt noch, was wir für Kabel und dergleichen
 dort ausgeben. Daraus sehen Sie doch,
 daß der Vortheil, den der Handel uns
 oder vielmehr unseren Willkürern bringen kann,
 weit hinter den dafür vom Reiche aufzuwendenden
 Anlagen zurückbleiben muß. Es beweist das
 auch, daß wir nicht das gehörige Menschen-
 material besitzen, um die Kolonie so zu verwalten,
 wie sie verwalten werden muß, wenn sie uns
 etwas nützen soll. Das zeigen Ihnen ja auch
 die bekannten Erlasse des Reichs-Kommissars
 von Wrochem. Wie kann ein Mensch überhaupt dazu
 kommen, solche Dinge in Erlasse anzuordnen?
 Wenn Herr v. Wrochem den Orient kannte, müßte
 er wissen, daß die Hunde im Orient keinen
 Eigenthümer haben, daß sie frei herumlaufen.
 Hundes freilich kann der Gouverneur durch Erlaß
 nichts verbieten. (Heiterkeit.) Und nun gar ver-
 Erlaß über das Gefallen! Die Schwarzen werden
 ihn ja harmlos aufpassen und darüber lachen.
 Aber ein anderes Gesicht erhält der Erlaß,
 insofern er sich auch an Araber, Griechen re-
 richtet. Diese werden sich nicht daran halten, und
 es werden Unannehmlichkeiten entstehen. Man hat
 ja nun gesagt, ob ein vernünftiger Mensch über-
 haupt so etwas anordnen könne, und man hat
 von tropischen Erkankungs-Zuständen, „Tropen-
 fieber“ gesprochen. Wir ist jetzt ein Altkind zu
 Gesicht gekommen, wonach Herr v. Wrochem
 seinen eigenen Erlaß nun sogar auch an die
 Europäer gerichtet hat. Ein Herr Namens
 Klemm, früher Photograph, sitzt dort in einem
 Zimmer der deutschen Firma Hofmann. Dieser
 Klemm hört auf einmal eine Stenogramm-
 Maschine, kommen Sie mal herans! Der junge
 Mann geht hinaus und wird wiederum
 mit Stenogramm-Maschinen angefaßt: „weshalb ge-
 hen Sie mich nicht? Ich bin der Ge-
 schäftsführer und stehe hier im Namen des
 Gouverneurs.“ (Heiterkeit.) Der junge Mann wurde
 mit Schweinefleisch, Hühner und dergleichen über-
 häuft, und dann sogar durch Schwarze, Araber,
 und die Schamir abgeführt. Allerdings nur vor-
 übergehend. M. H. abgeführt, während es sonst
 den Schwarzen streng verboten ist, Weiße auch
 nur anzufassen! Redner erzählt noch weitere äh-
 nliche Uebergriffe des Wrochem. Ränger kann dieser
 Mann auf seinem Posten unmöglich bleiben. Ich
 brauche wohl nicht zu bemerken, welchen Einfluß
 ein solcher Mann auf die ganze Entwicklung
 unseres Kolonialwesens auszuüben vermag! Sehr
 richtig urtheilt neulich die „Kreuzzeitg.“ über diese
 jungen Leute, welche ganz gelin dorthin kommen
 und glauben, auf die Einwohner gar keine Rück-
 sicht zu nehmen zu brauchen, und welche dadurch
 Deutschlands Ansehen aufs schwerste schädigen.
 Auch über die Uebergriffe dieser Herren spricht
 sich die „Kreuzzeitg.“ sehr treffend aus. Zu was
 das in Kamerun geführt hat, das wissen wir ja
 leider. Daß das Reichthum allerwärts im Schwange
 ist, das scheint nun ebenfalls bekannt zu sein.
 Sie sind ja Freunde der Prellstraße. Und nun
 erlauben wir es in Kamerun, daß der „ungebildete
 Afrikaner“ ganz andere Ansichten über die Er-
 ziehungskunst der Prell hat. Und was sind das
 für Prellchen, Mißver-Prellchen. Wir werden ja
 die Ehre haben, Ihnen morgen so ein Ding vor-
 zuzeigen. (Heiterkeit.) Ein Schlag schon genügt!
 Redner erinnert weiter an die Mittheilungen des
 Afrikaforschers Kallenberg: Prellchen in Pangaui,
 Bagamoyo wegen geringfügiger Verbrechen, 20
 Hiebe, weil ein Mann sich weigerte, einen Weg zu

machen, zu dem er gar nicht verpflichtet war.
 Das ist ein System, das mit Nothwendigkeit zu
 Folgen führen muß, die den von Ihnen gewünsch-
 ten entgegengesetzt sind. Was haben wir über-
 haupt von unseren Kolonien? Ausstände bald
 hier, bald dort. Die Herren vom Zentrum haben
 ja nur ihre eigenen Gründe für die Kolonien:
 die Missionen. Aber, daß die Kultur durch die
 Missionen nicht geboten wird, ist alte Erfahrung.
 Wie beim Ruffen der Tatar zum Vorschein
 kommt, wenn man ihn ein bißchen fragt, so hier
 die Barbarei trotz des Reutes äußerlich auf-
 geborgenen Christenthums. Meine Freunde und
 ich haben hieran, das ist klar, keinerlei Anlaß,
 unseren alten Standpunkt gegenüber diesen Ko-
 lonien zu verlassen.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich bin
 wohl ebenso human wie der Vorredner, trotzdem
 kann ich demselben nicht in Allem beistimmen.
 Was er über die Prellstraße gesagt, wird ge-
 geißt werden, und erforderlichenfalls wird Abhilfe
 geschafft werden. Ich nehme Anstand, über den
 Fall in Kamerun zu urtheilen, bis ich nicht
 untersucht und auch den anderen Theil gehört
 habe. Was die Missionen anlangt, so erkenne ich
 deren segensreiches Wirken an. So sehr, daß ich
 Alles thun werde, um den Vätern vom heiligen
 Geiste ihre Thätigkeit zu erleichtern. (Bravo im
 Zentrum.) Und nun Ostafrika. Ich habe lange
 gesucht nach einem geeigneten Mann. Herr von
 Wrochem wurde mir vorgeschickt, mir empfohlen,
 und ich glaube nicht, daß es richtig ist, ihn auf
 solche Weise lächerlich zu machen. Andererseits
 werden sich schwer tüchtige Männer finden, die
 dorthin gehen. Was hat Herr v. Wrochem
 denn gemacht? Er hat militärische Hone-
 nore vorgeschrieben. Ja, das hat sich doch
 nicht bewährt. Und die Verordnung gegen die
 Hunde rechtfertigt sich dadurch, daß gerade dort
 nichts gefährlicher ist, als das freie Herumlaufen
 der Hunde. Sie sind die Träger von Krank-
 heiten, voll von Ungeziefer. Ueber den Fall
 Klemm muß ich erst den Bericht abwarten. Ge-
 dacht nicht vorliegt, kann ich an das von dem
 Vorredner mitgetheilte Schreiben keine Schlußfol-
 gerungen knüpfen. Die Beamten dort haben nie-
 mals auf Wohlwollen bei den Deutschen zu
 rechnen. Letztere kommen dorthin mit übertrie-
 benen Erwartungen. Und geht nicht Alles gut,
 so schimpft er — wie alle Deutschen — auf die
 Behörden. (Heiterkeit.) Es ist sehr schwer, dort
 seine Pflicht als Beamter zu erfüllen. Herr
 Kallenberg selbst hat sich bei dem Auswärtigen
 Amte um Aufstellung in den Kolonien beworben;
 er muß also die Sache dort nicht ganz so schlimm
 ansehen. Ich wiederhole, daß ich für die Beamten
 die volle Verantwortung übernehme und Unge-
 hörlichkeiten, wenn erwiesen, abstellen werde. Aber
 ich bitte, mir und den Beamten die Sache nicht
 durch eine Kritik zu erschweren, welche bisher noch
 nicht sachlich begründet ist.

Abg. Graf Arnim (Reichs.): tritt mit
 wenigen Worten ein, wie er es nennt, Ueber-
 treibungen Debel's entgegen, und empfiehlt das
 System mehr tauglicher Beamten.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-
 ratung.

Schluß gegen 4 1/4 Uhr.

E. L. Berlin, 16. Februar.
Preussischer Landtag.
 6. Sitzung vom 16. Februar.

Der Präsident Fick zu Stolberg er-
 öffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Namens des Gesamtvorstandes erstattet
 zunächst Herr v. Wedel Bericht über die von
 einem Auswärtigen Amt aus dem Reichshaus
 abgeleiteten des künftigen neuen Herrenhaus-
 es. Derselbe macht dem Hause Mit-
 theilung über das bereits festgestellte und bekannte
 Projekt des Neubaus für die b. d. n. Häuser
 des Landtages und die darüber geführten Ver-
 handlungen, die sich meist um die Interessen
 des Abgeordnetenhauses drehen, während vom
 Herrenhause noch nicht die Rede gewesen sei, da
 es sich zunächst um den Neubau des Abgeordneten-
 hauses handle, nach dessen Fertigstellung erst der
 Neubau des Herrenhauses beginnen werde. Zu
 den Verhandlungen sind seitens des Vorredners
 Präsidenten, Herzog v. Ratibor, Kommissare er-
 nannt worden, deren Bestätigung der Referent
 beantragt.

Herr v. Wöhrsch spricht seine Ver-
 wunderung darüber aus, daß von einem Neubau
 des Herrenhauses die Rede sei, da das Plenum
 vor einigen Jahren erklärt habe, daß es kein
 neues Haus brauche. Das gegenwärtige Haus
 sei vollkommen ausreichend und gemüthlich, und
 sollte man in gegenwärtiger Zeit, wo immer von
 Sparamtsrückichten gesprochen werde, von dem
 Neubau Abstand nehmen.

Herr v. Mantauel erwidert, daß die
 Vorfrage bereits entschieden und auch mit dem
 Vau des Abgeordnetenhauses bereits begonnen sei.
 Er nehme die Gelegenheit wahr, um die Auf-
 stellung der Hölle des Herzogs v. Ratibor gleich
 den übrigen Hölle d. r. verstorbenen Herrenhaus-
 Präsidenten im Sitzungssaal in Anrechnung zu
 bringen und bitte den Präsidenten, das Erforder-
 liche zu veranlassen.

Präsident Fick zu Stolberg erklärt sich
 dazu bereit und das Haus genehmigt den Antrag
 des Referenten.

Es folgt der Bericht der Handelskommission
 über die Novelle zum Vergesetz. Die Novelle
 will die Vorschriften des Vergesetzes über den
 Betrieb und die Verwaltung, über die Vergleiche
 und die Vertheilung der unter Aufsicht der
 Bestimmungen auf die Einnahme im Heringshau
 Schließen und der Grafschaft Oslag übertragen.
 Die Kommission beantragt unverändert die
 Annahme der Vorlage und das Haus beschließt
 ohne Debatte diesem Antrag gemäß.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 1 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.
 17. Sitzung vom 16. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
 um 11 Uhr.

Auf den Antrag des Abg. v. Langen-
 dorff (Freisinn.) wird das Präsidium durch
 Zuzug für die ganze Dauer der Session definitiv
 gewählt.

Das Haus legt die zweite Lesung des Etats

fort und zwar wird die gestern abgebrochene Be-
 ratung des Spezialetats der Justizverwaltung
 bei dem Kapitel „Land- und Amtsgerichte“ wieder
 aufgenommen.

Auf eine Anregung des Abg. Greif (Ztr.)
 erklärt

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Bier-
 haus, daß das Landgericht Köln allerdings zu
 den meistbeschäftigten Landgerichten der Mon-
 archie gehört; es wäre der Justizverwaltung er-
 wünscht gewesen, die drei Hilfsrichterstellen unter
 den 25 Richterstellen in Köln in definitive um-
 zuwandeln, leider ermöglichte die Finanzlage
 dies nicht.

Abg. Fuchs (Ztr.) wünscht mehr richter-
 liche Kräfte und Beschleunigung des Neubaus
 für das Landgericht zu Gelsenkirchen.

Regierungs-Kommissar Geh. Justizrath
 Starke erwidert, daß nur ein Richter bean-
 tragt war und auch gewählt worden ist. Die
 Nothwendigkeit des Neubaus anerkennt der
 Minister und wird die Ausführung eifrig an-
 gestrebt.

Geh. Finanzrath Lehnerdt tritt der
 gestrigen Behauptung des Abg. Dünkel entgegen,
 als ob die Regierung dahin strebe, die Justiz aus
 eigenen Einnahmen ihre Bedürfnisse decken zu
 lassen. Ein Blick auf die Etats der letzten Jahre
 beweist, daß eine solche Behauptung unbegründet
 ist. Die Justiz kann der Finanzlage gegenüber
 doch keine Ausnahmestellung beanspruchen. Man
 sagt, die Justiz sei das Stiefkind der Finanzver-
 waltung. (Sehr richtig!) Ja, dann nennen Sie
 doch eine Verwaltung, die besser behandelt würde!
 Die Finanzverwaltung hält streng darauf, daß
 die Richter nicht ungünstiger behandelt werden,
 als andere, ihnen gleichesche Beamte; sie
 kann aber Vorrechte den Richtern nicht be-
 willigen.

Abg. Schmidt-Erfurt (Ztr.) betont na-
 mentlich die schwere zivilrechtliche Verantwortlich-
 keit des Richters, der sogar verantwortlich sei für
 die Versehen der Unterbeamten. Er erwiderte so-
 dann die Ausübung der Referendare, bei der man
 zu wenig Gewicht auf den persönlichen Umgang
 der jungen Leute mit dem Richter lege. Dadurch
 werde das Verständnis der jungen Leute für die
 Verhältnisse der Bewohner kleiner Städte und des
 platten Landes nicht gefördert.

Minister von Schelling: Es besteht aus-
 drücklich die Anordnung, daß die Referendare eine
 gewisse Dienstzeit bei dem Gerichte eines kleinen
 Ortes ablegen müssen. Ich halte dies auch be-
 sonders wichtig, um ein gutes Avar-Verständ
 vorzubereiten. Sollte in einzelnen Fällen gegen diese
 Verordnung verstoßen werden, so bin ich bereit,
 Abhilfe zu schaffen.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) stellt der
 Sparamtsrückichten des preussischen Justizministers
 gegenüber die reichthümlichen Ausgaben der
 Reichsjustizverwaltung gegenüber; es
 zeige sich das namentlich bei den Ausgaben für
 Bauten, die für die Justiz geradezu armthümlich an-
 gesehen werden, gegenüber den Prachtbauten der
 Post; man sehe mit dem Gefühl der Scham auf
 andere Regierungsgebäude.

Abg. von Synnatten (Ztr.): Die Ge-
 haltverhältnisse der Richter sind gegenüber den
 Gehaltsverhältnissen anderer Beamten ungünstig.
 Ein Richter erlangt erst nach 18 Jahren ein Ge-
 halt von der Höhe, wie es ein anderer Beamter
 schon nach 8 Jahren bezieht.

Regierungs-Kommissar Finanzrath Leh-
 nerdt: Diese Gehaltsungleichheit besteht nur
 zeitweise; später tritt eine schnelle Steigerung ein,
 die dann die frühere Ungleichheit beseitigt. Wenn
 luxuriöse Postgebäude wirklich gebaut werden,
 dann ist das kein Grund, für die Justiz in gleicher
 Weise zu verfahren.

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.):
 Wenn sich wegen der Gehaltsverhältnisse Uebel-
 stände ereignen, so sind wir bereit, abzuheßen. Die
 Grundbauten der Post sind eine Landes-Kalamität.
 (Sehr richtig!) Wir wollen uns helfen, bei der
 Justiz ähnliche Dinge zu machen.

Abg. Im Walle hofft, daß der Finanz-
 minister sein Verprechen, die Richter nicht un-
 günstiger zu behandeln, als andere Beamte, bei
 der Einführung der Dienstalterszulagen für Richter
 erfüllen wird.

Abg. Krause-Waldenburg (freis.) hält es
 für dringend nöthig, die provisorischen Staatsan-
 waltstellen in definitive umzuwandeln. Die Vor-
 bereitung der Anlagen ist wichtiger für das
 Strafverfahren als die Anstellung und hierfür ist
 ein tüchtiges Personal für die Staatsanwaltschaft
 nöthig. Gegenwärtig ist fast ein Drittel
 der Staatsanwaltschaftsbeamten nur provisorisch be-
 schäftigt. In Zukunft wird man dahin kommen,
 daß das Assessor-Examen kein Recht auf Anstel-
 lung gewährt, sondern der Justizverwaltung das
 Recht bleibt, aus den Assessoren das ihr geeignet
 erscheinende Material auszuwählen.

Regierungs-Kommissar Justizrath Lucas
 erwidert, daß die Bedingung nach Vernehmung der
 zuständigen Staatsanwaltschaften an; hoffentlich
 werden im nächsten Etat die nöthigen Stellen
 aufgenommen.

Abg. Lotichius (natl.) bittet um Aufbesse-
 rung der Akture.

Regierungs-Kommissar Bierhaus er-
 widert, daß in diesen Verhältnissen bereits Verbesse-
 rungen eingetreten sei. Der Anhang zur Gerichts-
 schreiber-Karriere war lange Zeit hindurch sehr
 stark, nach einer streng durchgeführten Sperre
 haben sich die Verhältnisse verbessert.

Abg. Dr. Dörstel (Vole) erwidert die
 Verhältnisse der Dolmetscher, für die er eine
 anderweitige Regelung der Gehaltsverhältnisse
 wünscht.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Bier-
 haus erwidert, daß sich bei der Eigenartigkeit
 des Dolmetscherberufes eben nur die Honorierung
 einzelner Arbeiten als zweckmäßig erweist; nur bei
 wenigen Gerichten liegen die Verhältnisse so, daß
 den Dolmetschern ein festes Honorar gewährt
 werden kann.

Abg. v. Buch (konf.) tadelt, daß die Re-
 ferendare bei manchen Gerichten als Protokollführer
 und in ähnlicher Weise beschäftigt werden, die
 über das zu ihrer Ausbildung erforderliche Maß
 hinausgehen. Es wäre wünschenswerth, wenn die
 Justizverwaltung Abhilfe schaffe. Besonders be-
 denklich ist die Ausnahme von Zeugenprotokollen
 in Strafprozessen, wenn sie von jungen Referen-
 daren aufgenommen werden, bloß um die Gerichts-
 schreiber zu entlasten.

Minister Dr. v. Schelling: Die Proto-
 kollführung nach Diktat ist ein wertvolles Aus-
 bildungsmittel und die Referendare können davon
 nicht entbunden werden. Allerdings sollen sie nicht

bazu verwendet werden, um die Gerichtsschreiber
 zu entlasten; wo dies geschieht, bin ich bereit,
 Abhilfe zu schaffen, sobald der Fall zu meiner
 Kenntniß kommt.

Abg. Bachem (Ztr.) bittet, Köln in eine
 höhere Gerichtsklasse zu versetzen und eine hierauf
 gerichtete Petition noch zurückzustellen.

Abg. Jerusalem (Ztr.) hat den gleichen
 Wunsch bezüglich Düsseldorf.

Abg. Dr. Sattler (natl.) meint, daß in
 dieser Weise doch die Dinge nicht geregelt werden
 könnten, man käme sonst auf das mit Recht be-
 kämpfte System der Stellenzulagen zurück.

Reg.-Kommissar Finanzrath Lehnerdt be-
 kämpft ebenso die anderweitige Regelung der Lokal-
 zulagen; die Wohnungsgeldzulagen gleichen im
 Allgemeinen die Unterschiede in den Preisverhält-
 nissen an.

Es folgt dann noch beim Extraordinarium
 eine Reihe lokaler Wünsche über Gerichts- und
 Gefängnisbauten.

Ein Rest des Extraordinariums, darunter
 Palais-Aufbau in der Wilhelmstraße, wird verlegt.
 Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Rest des Justiz-Etats und
 Ministerium des Innern.

Die Debatte über die Staffeltarife soll am
 nächsten Mittwoch stattfinden.

Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.
 16. Februar. Der Kaiser kon-
 ferirte heute Vormittag längere Zeit mit Staats-
 sekretär v. Büttner, Graf Posadowski, Vize-
 präsident Dr. Koch und Geheimrath Lucanus.

Wie man hört, soll es sich in dieser Konferenz
 um einen Vortrag über den russischen Handels-
 vertrag gehandelt haben.

